



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Ein unbequemer Konservativer

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Ein unbequemer Konservativer



ktor Rudolf Meyer hat um das Jahr 1870 herum mit Rodbertus und dem Kreuzzeitungs-Wagener zusammen die Politik betrieben, die er heute noch für die allein und wahrhaft konservative hält, ist dann 1877 wegen der Schrift: „Politische Gründer und die Korruption in Deutschland“ zu Gefängnis verurteilt worden, hat sich der Strafe durch die Flucht nach der Schweiz, dann nach Österreich entzogen, ein paar Jahre in Amerika zugebracht, die dortige Landwirtschaft in eigener Praxis kennen gelernt und seit 1889 abwechselnd in Österreich und in Frankreich gelebt. In Österreich hat er zu mehreren Staatsmännern, namentlich dem Grafen Belcredi, und mit der konservativ-ultramontanen Presse Beziehungen angeknüpft. Zur konservativen Presse des deutschen Reichs konnte er kein Verhältnis mehr gewinnen, weil die konservative Partei Preußens gerade in dem Jahre, wo Meyer das Vaterland verließ, eine große Schwenkung gemacht hatte, während er der alte geblieben war. Er veröffentlichte einige Aufsätze in den Historisch-Politischen Blättern — mit der Germania hatte er schon vor 1877 in Verbindung gestanden — und dann, weil er, wie es scheint, auch von den Katholiken als ein unsicherer Kantonist abgestoßen wurde, in der sozialdemokratischen Neuen Zeit. Dadurch machte er sich nach unsern deutschen litterarischen Sitten für die „gute“ Gesellschaft und die „gute“ Presse unmöglich, und man hatte in diesen Kreisen einen willkommenen Grund, ein sehr unbequemes Buch, das er vor zwei Jahren herausgab, unbeachtet zu lassen. Allein diese unsre spießbürgerlichen Sitten sind für die geistige Entwicklung Deutschlands sehr nachteilig, weil sie Gedanken und Thatfachen, deren Kenntnis, Erwägung und Beachtung für das Vaterland notwendig ist, aus dem Gesichtskreise gerade der Einflußreichsten unter den Gebildeten verbannen. Wir wollen deshalb das Buch Meyers und zwei weitere, die er seitdem noch herausgegeben hat,\*) einer Besprechung unterziehen. In vielen Stücken kommt

\*) Der Kapitalismus *fin de siècle*. — Das Sinken der Grundrente und dessen mögliche soziale und politische Folgen. — Hundert Jahre konservativer Politik und Litteratur. I. Litteratur. Alle drei bei Franz Doll (Verlagsbuchhandlung Austria), Wien und Leipzig; die beiden ersten 1894, das dritte ohne Jahreszahl.

Meyer zu denselben Ergebnissen wie die Grenzboten. In andern wesentlichen Fragen jedoch weichen wir von seiner Auffassung ab.

Der Titel des ersten Buches scheint sagen zu sollen, daß mit dem Jahrhundert auch der Kapitalismus zu Ende gehen werde, wenn ihn nicht die von Meyer empfohlenen Reformen am Leben erhalten. Des schwankenden Sprachgebrauchs wegen ist es nötig, die Leser zunächst daran zu erinnern, was wir unter Kapital und Kapitalismus verstehen. Wir nennen Kapital die Gesamtheit der Arbeitswerkzeuge, zu denen unter anderm auch der schon kultivierte Boden gehört. Das, was man gewöhnlich Kapital nennt, die Gesamtheit der Arbeitsmittel, die sich im Besitz von Kapitalisten befinden, nennen wir Kapitalbesitz und lehnen die Einschränkung ab, der Karl Marx den Begriff unterwirft, indem er die Arbeitsmittel nur soweit Kapital nennt, als sie sich im Besitze von Unternehmern befinden, die die Ausführungsarbeit nicht selbst leisten; wir rechnen auch die Arbeitsmittel des Kleinbauern und des kleinen Handwerkers zum Kapital. Kapitalismus nennen wir einen Zustand, bei dem die Arbeiter von den Arbeitsmitteln getrennt sind und diese sich im Besitz von Unternehmern befinden, die Lohnarbeiter beschäftigen; nicht daß dieser Zustand stellenweise vorkommt, sondern daß er vorherrscht, halten wir für ein Übel. Der moderne Kapitalismus hat außerdem noch die Eigentümlichkeit, daß die Güter nicht für den Bedarf der Arbeitenden, sondern als Waren für den Markt erzeugt werden, und daß die Absicht des Produzenten hauptsächlich oder ausschließlich auf einen möglichst hohen Reinertrag in Geld gerichtet ist. Der Kleinbauer, der mit seiner Familie den größten Teil seiner Produkte aufzehrt, und der Großbauer oder Rittergutsbesitzer, der seinen Stammsitz in guten wie in schlechten Zeiten zu behaupten als Ehrensache und Standespflicht betrachtet, wirtschaften nicht kapitalistisch; aber der Gutsbesitzer thut es, der bei steigenden Preisen ein Gut kauft, soviel wie möglich herauswirtschaftet und dann, wenn er glaubt, daß das Ende der steigenden Konjunktur nicht mehr fern sei, es entweder im ganzen verkauft oder parzelliert und so außer dem Reinertrag einen Kapitalgewinn herausschlägt. Meyer definiert nirgends, aber die Worte haben bei ihm meist ungefähr denselben Sinn wie bei uns.

Er beginnt mit der Bemerkung, daß das Gesetz der Evolution jetzt unbeliebt geworden sei. Man wolle natürlich auch in der Politik wissenschaftlich sein und habe es sich ganz gern gefallen lassen, als der Strom der Entwicklung die Leibeigenschaft und den Zunftzwang hinwegschwemmte, aber das Wort Lassalles, auch das Kapital (im Sinne Marxens) sei nur eine „historische Kategorie,“ die ihre Zeit habe und vorübergehe, habe die ungeteilteste Entrüstung hervorgerufen. Dennoch könne die Wahrheit dieses Wortes nicht bezweifelt werden; man sehe zu deutlich, wie der Kapitalismus, der eine Zeit lang kulturfördernd gewirkt habe, jetzt anfangs, ein Hemmnis zu werden; deshalb müsse die Regierung des deutschen Reiches, wenn sie die Leitung des Kulturfort-

schritts in der Hand behalten wolle, anfangen, sich auf die beiden, dem Kapitalismus feindlichen Parteien, das Zentrum und die Sozialdemokratie, zu stützen, die trotz scheinbar unversöhnlicher Feindschaft einander geistesverwandt seien. Für seine Person lehnt übrigens Meyer die Bezeichnung eines Kryptokatholiken oder Sozialisten ab; er sei keins von beiden. Aus einem Überblick der Wirtschaftsgeschichte des Altertums zieht er die Lehre, daß wiederholt der Kulturfortschritt die Enteignung und Versklavung der Masse und die Zuteilung des Grundeigentums an wenige gefordert habe, daß aber dann jedesmal ein Zeitpunkt eingetreten sei, wo dieser Prozeß in ein Hemmnis der Kultur umschlug, „indem die unfrei gewordne Landbevölkerung keine überschüssigen gesunden, mutigen Kinder mehr in die Städte senden konnte, und indem dadurch Handel und Industrie verkümmerten, da die rein städtische Bevölkerung dieser Menschenzufuhr bedarf.“ Endlich habe auch der Staat seine Rekruten verloren. Mit der Barbarisierung Europas sei dann der Kapitalismus verschwunden, weil seine Basis, die Sklavenarbeit, zusammenschumpfte. Die mittelalterlichen Zustände schildert Meyer ungefähr wie Sanßen und, wie es scheint, hauptsächlich nach ihm. Das Zinsverbot habe dafür gesorgt, daß der Arbeiter: der Bauer wie der Handwerker, Eigentümer seiner Arbeitsmittel geblieben sei, und die Preistagen hätten eine andre Quelle des Kapitalismus, den übermäßigen Unternehmer- und Geschäftsgewinn, verstopft. Es kann nicht bezweifelt werden, daß das Mittelalter, abgesehen von den Plagen, die die ewigen Fehden, die barbarische Rechtspflege, die Inquisition, die Seuchen und die Hungersnöte den Menschen auflegten, in seiner Glanzperiode, vom zwölften bis zum fünfzehnten Jahrhundert, eine goldne Zeit für Bürger und Bauern gewesen ist, wobei jedoch die winzige Zahl der Stadtbürger im Vergleich zur heutigen, und der Landreichum, dessen sich die Bauern erfreuten, nicht vergessen werden darf. Auch soll nicht geleugnet werden, daß der Geist, aus dem das Zinsverbot und die Preistagen entsprangen, ungemein wohlthätig gewirkt hat und immer von neuem wirken wird, so oft er wieder auflebt. Aber die Wirkung der Kirchen- und Staatsgesetze, die aus diesem Geiste hervorgegangen sind, überschätzt Meyer. Diese Gesetze konnten nur darum bis zu einem gewissen Grade wirksam sein, weil die natürlichen Bedingungen für ihre Wirksamkeit vorhanden waren; in dem Maße aber, wie diese natürlichen Bedingungen schwanden, erwiesen sie sich ebenso ohnmächtig wie der Geist, der sie hervorgerufen hatte. Eine Zeit lang, schreibt Meyer Seite 35, sei nach Aufhebung der mittelalterlichen Preistagen der Preis durch Angebot und Nachfrage reguliert worden. Als ob nicht auch im Mittelalter dieser Regulator den Ausschlag gegeben hätte! Wenn infolge einer Mißernte kein Getreide dawar, konnten alle Preistagen das Brot nicht um einen Pfennig billiger machen, und als am Ausgange des Mittelalters die gewerbliche Bevölkerung zahlreich und das Angebot von Händen stärker geworden war, fuhren die Obrigkeiten zwar fort,

Preis- und Lohntagen zu erlassen, aber die wurden eben den veränderten Verhältnissen entsprechend immer niedriger, und weder waren die Meister mit den Preisen, noch die Gesellen mit den Löhnen zufrieden, und gerade auf der Höhe des Mittelalters rissen die Arbeiterunruhen nicht ab. Meyer selbst gesteht auch zu, daß die kirchlichen Grundsätze in der Eigentumsverteilung niemals und nirgends rein und vollständig durchgeführt worden sind, daß der Großgrundbesitz, den ja vor allem auch die Kirche anhäuften, und der Rentenkauf schon Formen des Kapitalismus waren, ganz abgesehen von den Geldgeschäften der italienischen Städte, die schon ganz den modern kapitalistischen Charakter tragen. Er bemerkt ganz richtig, wenn die kirchlichen Anschauungen hätten durchgesetzt werden sollen, so würde es notwendig gewesen sein, ein höchstes Maß für den Grundbesitz vorzuschreiben. Die Mobilisierung des Besitzes durch die fortschreitende Geldwirtschaft war es ja dann auch, was dem Kapitalismus in ganz Europa und in allen Produktionszweigen zum Siege verhalf. Auch Meyer hebt hervor, wie wir öfter gethan haben, daß die stetig wachsende Möglichkeit, Überschüsse des Einkommens rentabel anzulegen und dadurch das Stammvermögen zu vergrößern, dem Reichtum eine ganz andre Bedeutung verlieh. Der große Herr des Mittelalters hätte, wenn er nicht gerade Kaufmann oder Bankier war, für Ersparnisse keine Verwendung gefunden; er mußte sein Einkommen verzehren, also Luxus treiben: schöne Bauten errichten — für sich oder zu einem gemeinnützigen Zwecke —, sie mit Kunstwerken ausschmücken, sich und sein zahlreiches Gefolge prächtig kleiden, also die Künste und das Kunsthandwerk fördern. Als dann das Einkommen immer mehr die Geldform annahm und die Gelegenheiten zu rentabler Anlage von Überschüssen immer zahlreicher wurden, fing auch — zuerst in dem mit geringem Formen- und Farbensinn begabten Norden — der vornehme Mann an, sich puritanisch einfach zu kleiden, und nachdem die Einfachheit des äußern Auftretens einmal in der vornehmen Welt Mode geworden war — der über alles Maß steigende Reichtum in den sechziger Jahren hat bei uns in dieser Beziehung einen Umschlag der Mode zuwege gebracht —, nötigten die dadurch vermehrten Überschüsse zu einer immer stärkeren Kapitalisierung.

Meyer geht dann zu Preußen über und beschreibt, wie dieser Staat durch seinen militärischen Charakter schon von Anfang an gezwungen war, dem Kapitalismus in der bekannten Weise, zunächst durch Bauernschutz, entgegenzuwirken. In neuerer Zeit sei die Regierung vorübergehend schwankend geworden; sie habe dem Kapitalismus ungebührliche Zugeständnisse gemacht und ihn in allen seinen Formen, auch in der des reinen Geldgeschäfts, wie die Gründerzeit beweise, gefördert. Schwierig sei die Lage der Regierung eine Zeit lang um deswillen gewesen, weil die beiden andern Hauptformen des Kapitalismus, Industrie und Landwirtschaft, entgegengesetzte Anforderungen an sie stellten, indem die Großindustriellen Schutzzöllner, die Großgrundbesitzer

Freihändler waren. Wir haben wiederholt auf den Umstand hingewiesen, daß unsre Agrarier bis vor zwanzig Jahren entschiedne Freihändler gewesen sind. Daraus folgt nun zwar für die Richtigkeit der Freihandelsgrundsätze so wenig wie aus ihrer heutigen Schutzöllnerei für den alleinseligmachenden Schutzzoll, es folgt aber doch daraus zweierlei. Erstens, daß man sich, wenn die Konservativen oder irgend welche andre Parteimenschen zehn Jahre lang unisono eine Forderung erheben und jeden für einen Vaterlandsverräther erklären, der nicht beistimmt, dadurch nicht im mindesten darf imponiren oder einschüchtern lassen, denn übers Jahr werden die Herren vielleicht das Gegentheil für patriotische Pflicht erklären; zweitens, daß Freihandel und Schutzzoll keine wesentlichen Bestandteile des konservativen oder liberalen Charakters, sondern reine Opportunitätsfache sind, und daß es unmöglich jemandem zur Schande angerechnet werden kann, wenn er darüber, was augenblicklich für die Gesamtheit des Volks nützlich oder schädlich sei, anderer Meinung ist als irgend eine Fraktion. Zur Erhärtung dieser zwei sehr wichtigen Folgerungen wollen wir einiges von dem, was Meyer aus den siebziger Jahren erzählt, mittheilen. Marc Anton Niendorf wurde von den Agrariern gerade darum zum Führer und zum Leiter ihres Organs, der Deutschen Landeszeitung, erkoren, weil er entschiedner Freihändler war. Als solcher verwarf er auch die indirekten Steuern. In einer Broschüre über den Landbau und die indirekten Steuern beklagte er es 1869, daß das deutsche Volk auf den Kopf zwei Thaler indirekte Auflagen zahle, und schrieb u. a.: „Glücklicherweise wird so leicht keine Kammer dahin zu bringen sein, bei vermehrten Anforderungen des Staates neue und höhere indirekte Auflagen zu bewilligen.“ Die indirekte Besteuerung, zu der die Grenzzölle gehörten, bedeute eine vom Staate erzwungne ungerechte Güterverteilung. „Die mit dem Einfuhrzoll beschwerte Ware bekommt einen um diesen Zoll künstlich erhöhten Preis. Ist eine Industrie durch Zölle geschützt, so ist der, der sie betreibt, ein Privilegirter. Den Gewinn des Privilegirten bezahlt jeder Konsument. Der Fabrikant bildet so eine privilegierte Klasse, die zwar kein Geschlechtsadel ist, die man aber sehr wohl einen Instrumentsadel nennen könnte. England besaß und besitzt dieses Industrierittertum im ausgedehnten Maße, es schuf sogar seinen alten Erbadel des Landbesitzes zum Instrumentsadel um.“ „Niendorf, bemerkt Meyer hierzu, ahnte 1869 nicht, daß schon 1879 ein großer Teil des alten deutschen Erbades dieselbe Verwandlung in einen privilegierten Instrumentsadel vollzogen, daß die Kreuzzeitung diese Wandlung mitgemacht, und er selbst dazu seinen litterarischen Segen gespendet haben würde.“ Niendorf sagt dann weiter: „Die indirekte Steuer schafft innerhalb der Gesellschaft einen privilegierten Stand, der zwar nicht Erbadel, wohl aber adliche Privilegien an dem Instrument des beschützten Arbeitszweiges hat. Sie schafft künstliche Bedingungen zu Nahrungsexistenzen, zu Haushaltestellen, die mit der Wirkungslosigkeit [oder Aufhebung] des Schutz-

zolls ihren Boden wieder verlieren und alsdann ein Überangebot von Arbeitskräften bewirken, das zu niedrigen Lohnsätzen führt. Die indirekte Steuer hat eine Verschiebung der Nahrungsbedingungen zur Folge, sie erschwert die Ansiedlung an einer Stelle und begünstigt sie an einer andern innerhalb des Territoriums, worin der Schutzzoll wirkt; dieser schafft daher die menschenleeren Hinterländer neben den großen Fabrikstädten.“ Er verurteilt dann die Absperrungspolitik der Vereinigten Staaten und Rußlands und sagt: „Die europäischen Staaten sollten einmütig gegen die Schutzzollmaximen dieser beiden Staaten protestiren, und wenn die Drohung nicht hilft, so gut diese Grenzsperrren und Schlagbäume mit Gewalt sprengen, wie man dies in China und Japan gethan hat.“ Das also war im Anfang der siebziger Jahre der rechte Mann für die ostelbischen Agrarier. Im Jahre 1872 erklärte der Kongreß deutscher Landwirte: „Alle Zölle, die als Schutzzölle wirken, sind, als vorzugsweise den Landbau schädigend, unbedingt verwerflich.“ Dann organisirten sich die Agrarier unter dem Namen der Steuer- und Wirtschaftsreformer und erklärten am 22. Februar 1876: „Auf der Grundlage des Freihandels stehend, sind wir Gegner der Schutzzölle.“ In demselben Jahre versuchten die industriellen Schutzzöllner durch eine Broschüre des Dr. Stöpel eine Annäherung an die Agrarier, indem sie einen Getreidezoll zu bewilligen versprachen, der anfang, Sinn zu bekommen, da Deutschland mittlerweile aus einem getreideausführenden in getreideeinführender Staat geworden war. Nathusius, der Chefredakteur der Kreuzzeitung, verhielt sich zunächst noch ablehnend; er meinte, daß „nur eine harmonische Verbindung aller, auch der idealsten geistigen und sittlichen Interessen der Nation zu einem gedeihlichen Ziele führen und vor Abwegen bewahren könne, die eine einseitige Interessen- oder Agrarpolitik einzuschlagen nur zu leicht in Gefahr stehe. Wenn gesagt worden ist, daß die konservative Politik ihr Streben darauf richten würde, ein den einzelnen Gegenstand nicht erheblich drückendes, aber doch ergiebiges Finanzzollsystem auszubilden, so ist damit schon die Verurteilung des Zollschutzsystems und die Durchführung der allein gerechten und gesunden Freihandelspolitik ausgesprochen. Ob die Nachbarn diesem Beispiele folgen oder nicht, würde für die einheimische Volkswirtschaft gleichgiltig sein, da der Zollschutz im Auslande die Preise der geschützten Artikel um den Betrag des Zolles zu Gunsten der ausländischen Industriellen steigern, also unsern Export an sich nicht inhibiren würde.“ Aber die Agrarier besannen sich anders, das Kartell zwischen ihnen und den Industriellen wurde schon im nächsten Jahre vollzogen und fing von 1878 ab an, die innere Politik zu bestimmen. Daß auch das Sozialistengesetz vorzugsweise vom Standpunkte des Unternehmerinteresses aus gebilligt worden sei, als Sprengung der Arbeiterorganisationen und Lähmung der Lohnbewegung, dafür beruft sich Meyer Seite 284 auf einen Ausspruch Hansemanns. Da aber der Kapitalismus an dem innern Widerspruch krankte, daß er die Grenzboten III 1896

Warenmenge vermehre und zugleich durch Lohndruck den Hauptkonsumenten, den Arbeitern, die Konsumfähigkeit vermindre, so sei gerade die Sozialdemokratie die einzige Partei, die durch das Streben nach Lohnsteigerung das wirkliche Interesse des Kapitals vertrete und den Kapitalismus am Leben zu erhalten imstande sei.

Meyer bekämpft nun die Agrarzölle aufs entschiedenste und stellt sowohl ihre wirtschaftlichen wie ihre politischen Wirkungen als höchst verderblich dar. Er ist durchaus kein Feind der Junker; „aber, schreibt er, die 1200 bis 1500, höchstens 2000 deutschen Latifundienbesitzer, die nur zum Teil deutsche oder wendische Adliche, zum Teil Fremdlinge oder geadelte Geldleute sind, die sind nicht jene ehemaligen 16000 preußischen adlichen Rittergutsbesitzer, die dem Staate der Hohenzollern die tüchtigsten obern Beamten und fast alle Offiziere geliefert haben. Diese darbtten, dienten und starben für den Staat, jene leben vom Staat. Nicht, daß die Latifundienbesitzer den Degen zur Verteidigung ihrer persönlichen Ehre und des Vaterlandes nicht führen wollten oder könnten. Das thun sie im Kriege wie alle andern Staatsbürger. Aber sie sehen den Staatsdienst nicht als Klassenberuf an und rechnen darauf, in solchem Falle mit Oberpräsidenten- oder ähnlichen hohen Posten bedacht zu werden. Und wenn sie allgemein dienten, wären sie zu wenig zahlreich, als daß es für den Staat annähernd den Wert haben könnte, den der Junkerdienst hatte. Sie haben aber mehr Junker ausgekauft, als sie selbst Offiziere stellen könnten.“ Er bemerkt dann, in Oesterreich seien nicht so viel Bauern gelegt und so viel kleine Rittergutsbesitzer ausgekauft worden wie in Preußen. Das mag richtig sein, aber in Oesterreich, namentlich in Böhmen, Mähren, Galizien und Ungarn, hat dafür die ländliche Bevölkerung andre Schmerzen, die sie in Preußen nicht, wenigstens in diesem Grade nicht hat. Meyer scheint an dieser wie an andern Stellen die österreichischen Verhältnisse doch zu rosig zu malen; über das Lob des väterlichen Regiments des Fürsten Schwarzenberg würden die Leser der Wiener Arbeiterzeitung nicht schlecht lachen, wenn sie es erführen. Meyer hat nichts gegen die Personen, die Latifundien besitzen, „es giebt gewiß, sagt er, wie in allen Klassen, recht brave und patriotische Männer unter ihnen.“ Er findet es auch begreiflich, daß sie ihr Klasseninteresse im Staate und durch ihn zu fördern suchen und mit den Mitteln, die seit der Wendung von 1878 allgemein üblich wurden. Aber er glaubt, daß das ganze System der sich in einer Zeit wirtschaftlichen Niedergangs und steigender militärischer Bedürfnisse weiter entwickelnden Latifundienbildung mit Staatshilfe durch Zölle und Exportprämien ein ungesundes sei, und da es das platte Land entvölkert, eine Gefahr für den nun einmal notwendigen Militärstaat Preußen. In wirtschaftlicher Beziehung wirken die agrarischen Schutzzölle nach zwei Seiten hin verderblich. Sie vermindern den Bauernstand, und zwar auf doppelte Weise, indem die künstlich erhöhte Rentabilität des Ackerbaus die Großgrundbesitzer

reizt, Bauergüter zusammenzukaufen, und indem die Bauern, die mit der steigenden Konjunktur zu unvorsichtig rechnen, teils durch gesteigerten Aufwand, teils durch Übernahme der Güter zu übermäßig hohem Preise mit ungenügenden Mitteln, teils durch Rückschläge der Konjunktur zu Grunde gehen. Man weiß, wie diese Umstände in den mitteldeutschen Rübengegenden gewirkt haben; dort, in der Gegend der glänzenden Erträge, nicht in weniger fruchtbaren Gegenden, wo die Bauern schlecht und recht nach der Väter Sitte fortwirtschafteten, vermindert sich die Zahl der bäuerlichen Besitzungen.\*) Die Rückschläge der Konjunktur aber, das ist die andre Wirkung, treffen auch die größern Grundbesitzer. Sobald rein kapitalistisch gewirtschaftet wird, sobald jede Erhöhung des Reingewinns, nach dem jedesmal herrschenden Zinsfuß kapitalisirt, dem Gutswert zugeschlagen und darnach die Beleihbarkeit und der Kaufpreis bemessen wird, verwandelt sich die Gutswirtschaft in ein Kaufmannsgeschäft, das noch weit mehr von wechselnden Konjunkturen abhängt als ein gewöhnliches Kaufmannsgeschäft, weil keine Warenart so große Preisschwankungen erleidet wie die landwirtschaftlichen Produkte. Und das trifft die Güter in um so stärkerm Maße, je größer sie sind und je mehr die Arbeiter mit Geld statt mit Naturalien gelohnt werden, einen desto kleinern Teil des Ertrags also die in der eignen Wirtschaft verbrauchten Erzeugnisse bilden, für die die Preisschwankungen gleichgiltig sind. Da nun eine stetige Preissteigerung ebenso unmöglich ist wie das Beharren auf einem gewissen Hochstande, so steht es von vornherein fest, daß auf jede Zeit steigender Preise ein Preisfall folgen wird, der bei kapitalistischer Bewirtschaftung einen Güterkrach zur Folge haben muß, von dem die größern Güter in weiterm Umfange getroffen werden als die kleinern. Wer aber nun einmal Kaufmann sein will, der muß auch das kaufmännische Risiko übernehmen und sich, nachdem er den Gewinn der guten Konjunktur eingestrichen hat, den Verlust der schlechten gefallen lassen; er hat kein Recht zu fordern, daß der Staat diesen Verlusten auf Kosten der andern Erwerbsklassen vorbeugen oder sie decken solle. Wollen sich die Gutbesitzer solchen Gefahren nicht aussetzen, so müssen sie auf die kapitalistische Betriebsart und auf Geldgewinn verzichten, Naturalwirtschaft treiben und eine Ordnung einführen, bei der der Hof unverschuldet vom Vater auf den Sohn übergeht. „Solange das Schuldenmachen beim Güterkauf erlaubt ist, bleibe man mit Reformvorschlägen ruhig zu Hause,“ sagt Meyer Seite 354. Er weist außerdem auch noch die Wichtigkeit des Versprechens der Agrarier nach, bei rentirenden Preisen dafür sorgen zu wollen, daß Deutschland keine Getreideeinfuhr mehr nötig habe. Er vermag für seine Ansicht einen klassischen Zeugen anzuführen,

\*) Auch auf England weist Meyer hin, wo die Bauern desto rascher zu Grunde gegangen seien, je höher die Kornpreise stiegen; er nimmt an, daß unsre Agrarier die englische Agrargeschichte gar nicht kennen, weil man ja sonst sagen müßte, daß sie die Bauern mit Bewußtsein belögen.

den Grafen Mirbach-Sorquitten, der auf dem achtzehnten Kongreß deutscher Landwirte 1887 gesagt hat: „So sehr viel fehlt nicht mehr, um den Konsum von Getreide im deutschen Reich durch die eigne Produktion zu decken. Wenn wir nun sehr hohe Kornzölle einführen, so würde darin ein so starker Anreiz zum Mehrbau von Getreide liegen, daß wir in aller kürzester Frist dazu kämen, unsern Bedarf zu decken. Es würde ein Mehr über unsern Bedarf und die Notwendigkeit des Exports ins Ausland sich herausstellen, und dann würden wir trotz des hohen Zolles lediglich vom Weltmarktpreis abhängig werden. Wir können ja die Getreidezölle sehr wohl erhöhen, aber nicht so — das wäre der größte Fehler —, daß darin ein Anreiz liegt zu einer unnatürlichen Verstärkung der Produktion von Getreide.“ Mit andern Worten: sollen die Kornzölle preissteigernd wirken, so darf die inländische Produktion den Bedarf nicht decken. Und die Sache liegt weit einfacher, als sie der Graf Mirbach in seinen geschraubten Sätzen darstellt. Das Bedürfnis decken, das heißt dafür sorgen, daß jeder, der einkaufen will, jederzeit Ware findet. Das ist nur dann der Fall, wenn das Angebot stets die Nachfrage übersteigt. In diesem Falle ist aber die Ware selbstverständlich billig; der Preis sinkt so tief, als er sinken kann, ohne den Anbau von Getreide unmöglich zu machen, d. h. also mindestens bis auf den Tiefstand der letzten Jahre, der, wie der Mugenschein beweist, den Anbau noch nicht unmöglich gemacht hat. Das einzige Mittel dagegen wäre ein Getreidemonopol des Staates, wodurch dieser verpflichtet würde, das Getreide einzusperren und dadurch den Preis künstlich hoch zu halten. Aber eine solche Maßregel vermöchte nicht einmal ein asiatischer Despot durchzuführen. Wollte es ein Bezir thun, so würde ihn sein Sultan beim ersten Brotkravall aufhängen lassen. Die Landwirte könnten sich nur dadurch helfen, daß sie den Roggen und Weizen ähnlich kontingentirten, wie es mit dem Spiritus und dem Zucker geschehen ist, und dadurch die Produktion immer ein wenig unter dem Bedarf halten, was freilich bei einer Ware, deren Menge zum Teil vom Wetter abhängt, sehr schwierig sein würde. Also: bei Deckung des Bedarfs durch die inländische Produktion würde das Getreide gerade so billig und unter Umständen noch billiger sein als bei zollfreier Einfuhr, und der deutsche Getreidepreis würde dann nicht, wie Graf Mirbach sagt, vom Weltmarktpreise abhängig sein, sondern vielmehr auf diesen drücken helfen.

So also steht es nach Meyers und auch nach unsrer Ansicht um die wirtschaftliche Wirkung der Zölle; nur dadurch unterscheiden wir uns von Meyer, daß er die „Not der Landwirtschaft,“ die trotz der Zölle und zum Teil infolge der Zölle eingetreten sei, für weit größer und die Lage der Grundbesitzer für weit gefährlicher hält, als sie nach unsrer Überzeugung ist. Die politischen Wirkungen der Zölle aber bestehen nach ihm darin, daß sie das Volk kriegsuntüchtig und unzufrieden machen. Die nachteilige Wirkung auf die Volksernährung ist ja nun zum Glück durch das Überangebot des Aus-

lands, das den Preis trotz der Zölle niedrig gehalten hat, aufgehoben worden. Dagegen ist die zweite Wirkung in vollem Umfange eingetreten, denn wenn auch der beabsichtigte Erfolg nur vorübergehend und in den letzten vier Jahren gar nicht erreicht worden ist, so hat doch schon die böse Absicht selbst die Volksmasse mit Mißtrauen und Abneigung gegen die leitenden Kreise erfüllt; keine noch so künstlichen und glänzenden Beweisführungen vermögen den häßlichen Klang des Wortes Brotverteuerung zu verschönern. Meyer entwickelt nun folgenden Gedankengang. Weil in unsrer Zeit das Geld regiert, so sind alle Kriege Handelskriege, während bis zum dreißigjährigen Kriege, wo in Europa die Religion die Gemüter beherrscht hat, vorzugsweise um die Religion und um religiöse Ideen Krieg geführt worden ist, wie namentlich in den Kreuzzügen. Wie sonderbar, daß sich ein so gescheiter Protestant durch schwärmerische Vorliebe für das katholische Mittelalter zu einer so verkehrten Behauptung fortreißen lassen kann! Weiß doch jedes Kind, welche Rolle Abenteuerlust, Habsucht, Verschuldung der ritterlichen Gutsbesitzer und politische Berechnung in den Kreuzzügen gespielt haben. Der heilige Bernard, der den zweiten Kreuzzug betrieb, hatte über die kalte Gleichgiltigkeit der deutschen Herren zu klagen, die seine feurige Predigt nur schwer zu überwinden vermochte, und der vierte Kreuzzug schlug in ein rein weltliches Unternehmen der Venetianer und der eroberungsfüchtigen Fürsten und Ritter um, bei dem Jerusalem ganz aus dem Spiele blieb. Hat Meyer nie etwas gehört von den Vernichtungskämpfen, die Florenz gegen Pisa, Venedig gegen Genua geführt hat? War doch das ganze Mittelalter mit wirtschaftlichen Kämpfen, mit Kämpfen der Zünfte gegen die Geschlechter, der Arbeiter gegen die Zünfte, der Städte gegen einander, der Ritter einerseits gegen die Städte und andererseits gegen die Bauern angefüllt, und auch der große Religionskrieg zwischen Spanien und den Niederlanden war ein wirtschaftlicher Befreiungskampf der aufstrebenden Holländer gegen die den Aufschwung hemmende spanische Regierung und später zugleich ein Konkurrenzkrieg gegen Flandern. Will Meyer aber gar den dreißigjährigen Krieg als einen Religionskrieg hinstellen, so wird er damit bei seinen guten Freunden, den Katholiken, anstoßen, die diese Auffassung bekanntlich entschieden bestreiten. Aber wie es sich auch mit den mittelalterlichen Kriegen verhalten möge, so viel steht allerdings fest, daß, nachdem die Zeit der rein dynastischen Kriege vorüber ist, Kriege nur noch um die Lebensinteressen der Völker, d. h. um wirtschaftliche Interessen geführt werden können, um Kolonisationsgebiete und um Absatzgebiete für den Handel und die Industrie. Meyer meint nun, die Völker des europäischen Festlandes würden sich über kurz oder lang zu einem Entscheidungskampfe gegen Rußland gezwungen sehen, das ihnen den Zugang zu Asien sperre. In diesem großen Entscheidungskampfe werde die Macht siegen, die die am besten bezahlten Arbeiter habe. Denn bei der Form der Kriegsführung, die durch die gewaltige Tragweite der modernen Geschosse

notwendig werde, in aufgelösten Reihen, werde, wie die Militärschriftsteller hervorhoben, weit mehr als früher auf die Gefinnung, Stimmung und Energie des einzelnen Mannes ankommen, werde die Wirkung der den einzelnen fortreisenden eng zusammengedrängten Masse ganz wegfallen und die Einwirkung der Führer in der Schlacht auf ein sehr geringes Maß beschränkt bleiben. Schlecht genährte und verkümmerte Reservisten würden die in solcher Lage erforderliche Spannkraft nicht haben, auch wenn sie den Willen hätten, ein jeder für sich ganz allein ihr Bestes zu leisten und ihr Leben zu opfern, sie würden aber in einer Zeit des herrschenden Kapitalismus auch den Willen nicht haben, denn für die Kupons der Reichen schlägt sich der gemeine Mann nicht; soll er sich mit Begeisterung und Todesverachtung schlagen, so muß er ein Vaterland haben, worin es ihm gut geht, und wo er sich wohlfühlt. Man darf — fügen wir hinzu — bei den Erfolgen von 1870 nicht vergessen, daß der Krieg in eine Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs und der politischen Freiheit fiel, wo es nicht allein für die Großen, sondern auch für die Kleinen eine Lust war zu leben, daß die Zahl der Unzufriednen, die sich in der Sozialdemokratie zusammenfanden, damals noch unbedeutend war, und daß bis dahin weder die Katholiken noch die preußischen Unterthanen polnischer Zunge zur Unzufriedenheit Anlaß gehabt hatten; die deutschen Reservisten und Landwehnmänner wußten also sehr genau, wofür sie sich schlugen. Bei dieser Lage der Dinge, meint Meyer, sei es Selbsterhaltungspflicht der Monarchie, sich mit den Parteien gut zu stellen, die ihren Anhang in der Masse, namentlich unter den Lohnarbeitern haben; wollte sie sich auf die Parteien stützen, die das Kapital vertreten, und denen sich nur gezwungen ein Teil der ärmern Bevölkerung anschließt, so würde ihr nichts übrig bleiben, als auf die allgemeine Dienstpflicht zu verzichten und auf das Söldnerheer zurückzugreifen. Wir stellen diese Gedankenreihe zur Erwägung, ohne sie zu kritisieren. Was die Reformvorschläge des Verfassers betrifft, so fallen sie der Hauptsache nach mit dem zusammen, was man gewöhnlich Sozialreform nennt. Der Überführung eines Teils des Kapitals in den Besitz der arbeitenden Klassen durch Produktivgenossenschaften haben nach seiner Ansicht die Industriekartelle gut vorgearbeitet. Die Kartelleitung ermittelt den Bedarf und bestimmt das Was, das Wie und das Wieviel der Produktion. Die Unternehmer spielen dabei die überflüssigste Rolle von der Welt; sie sind nur noch Rentenberechtigte; als Eigentümer sind sie expropriert, wenn man zum Eigentumsbegriff das Recht der freien Verfügung über das Eigentum rechnet (S. 317).

Meyer deckt unsers Erachtens die Tendenzen, die die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage unsers Vaterlandes bestimmen, durchweg richtig auf und irrt sich nur darin, daß er sie, z. B. in Beziehung auf die Not der ländlichen Grundbesitzer, für weiter fortgeschritten hält, als sie in Wirklichkeit sind. In einem Punkte aber halten wir seine Ansicht für entschieden irrig

er gehört zu den Silbermännern und beklagt die Goldwährung als ein großes Unglück. Die Gründe der Silberleute entwickelt er in seiner Weise, aber diese seine Weise hat uns so wenig überzeugt, wie die Weise Kardorffs oder Hechts. Recht gewundert haben wir uns, wie gerade er, der die Schattenseiten des Kapitalismus so genau kennt und den Krisen, wenigstens den landwirtschaftlichen, seine besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat, die Münzvermehrung als eine kulturfördernde und volksbeglückende Maßregel preisen, also dem Inflationismus huldigen kann. Muß er doch wissen, daß die zum Teil wenigstens durch den starken Zufluß von Edelmetall bewirkte Preisrevolution des sechzehnten Jahrhunderts Elend über die Völker Europas gebracht hat; über die Wirkungen des Milliardensegens ist er genauer unterrichtet als wir, und die schreckliche Krisis, mit der die Vereinigten Staaten infolge der unvernünftigen Vermehrung des Silberschatzes heimgesucht worden sind, hatte, als er sein Buch schrieb, schon begonnen. Jede Vermehrung der Umlaufsmittel über das Bedürfnis hinaus wirkt genau so auf die gesamte Volkswirtschaft, wie die Einnahmevermehrung durch Preissteigerung auf den Grundbesitz. Nur daß die schlimmen Wirkungen der übermäßigen Vermehrung der Münzen und Münzsurrogate nicht unbedingt eintreten müssen; bei sehr gesunder wirtschaftlicher Lage eines besonnenen und nüchternen Volkes fließen überschüssige Umlaufsmittel einfach in die Banken zurück, ohne zur Überspekulation und Überproduktion zu reizen. Daß es uns in Deutschland aber an der erforderlichen Menge von Umlaufsmitteln fehle, davon kann keine Rede sein; es ist einfach lächerlich, wenn Meyer schreibt, die Goldwährung habe im deutschen Reiche nicht durchgeführt werden können. Daß Italien kein Gold festzuhalten vermag, das liegt nicht an der Fehlerhaftigkeit seiner Währung, sondern an seiner Verschuldung und seiner schlechten Volks- und Finanzwirtschaft. Meyer hält es für besonders gefährlich, daß Gold wegen seines im Verhältnis zum Wert so geringen Volumens leicht verschickt, von Spekulanten aufgekauft und eingesperrt werden könne. Theoretisch ist es ja richtig, daß solche Streiche mit Gold leichter begangen werden könnten als mit Silber. Daraus folgt aber noch nicht, daß sie überhaupt ausführbar seien, und da wir den Spekulanten jede Ruchlosigkeit zutrauen, so beweisen uns unsre Zwanzigmarkstücke, die noch ungehindert in Freiheit rollen, daß alle Bemühungen der Spekulanten, sie abzufangen, vergebens gewesen sind. In einem Stücke jedoch geben wir Meyer Recht: daß man uns mit den abscheulichen Nickeln hätte verschonen sollen. Erstens sind sie häßlich. Zweitens haben sie so gut wie gar keinen innern Wert, während der arme Mann auch bei gesunkenem Silberwert in silbernen Zehn- und Zwanzigpfennigstücken, die freilich größer gemacht werden mußten als die jetzigen silbernen Zwanziger, wenigstens etwas von wirklichem Wert in der Hand haben würde.

Es ist merkwürdig, wie stark die Lebensverhältnisse eines Mannes auf

seine wissenschaftlichen Theorien, wenigstens auf die volkswirtschaftlichen und politischen, einwirken. Meyer hat seine öffentliche Wirksamkeit als konservativer Politiker, das bedeutet in Altpreußen als Vertreter des ländlichen Grundbesitzes angefangen, und er ist zeitlebens dabei geblieben, den wirtschaftlichen Prozeß vom Grundeigentum aus zu erklären. „Der Überschuß der auf dem Lande produzierten Lebensmittel über den Bedarf der Landwirte ist die erste Quelle der Kapitalbildung,“ lesen wir auf Seite 324, und Seite 438: „Wir haben uns bemüht, den Beweis zu liefern, daß die Grundrente im modernen Kapitalismus dem Zins und Profit voranging, der Kapitalismus sich auf ländlichen Latifundien entwickelte und zur Latifundienherrschaft führte.“ Proudhon dagegen, der von Haus aus Kaufmann war, hat die ganze Volkswirtschaft nie anders als vom Standpunkte des Kaufmanns anzusehen vermocht und sich eingebildet, durch eine Reform des Tauschgeschäfts, die den Zins vernichten sollte, alle Übel der Gesellschaft heilen zu können; den Zins aber läßt er aus dem Bodmereivertrage entspringen. So liest man auf Seite 113 der deutschen Übersetzung seiner Polemik mit Bastiat, die Dr. Arthur Mühlberger unter dem Titel: Kapital und Zins (bei Gustav Fischer in Jena, 1896) mit einer Einleitung herausgegeben hat. Zwar vermögen wir diesem Briefwechsel nicht die ungeheure Bedeutung beizumessen, die ihm der Herausgeber zuschreibt, aber das Verständnis des Gegenstandes wird dadurch immerhin gefördert.

(Schluß folgt)



## Die Alten und die Jungen

Ein Beitrag zur deutschen Literaturgeschichte der Gegenwart

Von Adolf Bartels

(Fortsetzung)

5



an hat, soviel ich weiß, noch nie versucht, die politischen und literarischen Blütezeiten genauer auf ihre Dauer zu bestimmen, es ist auch nicht so leicht, da die Dinge in stetem Fluß sind, und man leider nicht, was das bequemste wäre, das Leben und Schaffen eines großen Mannes in seiner Gesamtheit in eine solche Blütezeit hineinziehen kann, vielmehr gewöhnlich nur die eine Periode seines Lebens, in der er wirklich von seiner Zeit getragen wurde und von mehr oder weniger glücklichen Genossen umgeben war, die gleich ihm das